

Berghändler, Lothar

**Article — Digitized Version**

## Berlin - Bonn - Brüssel: Der dritte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Berghändler, Lothar (1961) : Berlin - Bonn - Brüssel: Der dritte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 7, pp. 305-307

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133124>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Diese wichtige volkswirtschaftliche Funktion ist aber auf die Dauer nur voll zu erfüllen, indem man zu enger Zusammenarbeit kommt: mit Forschungsinstituten, in Erfahrungsaustauschgruppen, in Arbeitsgemeinschaften, die eine gewisse Koordinierung der Produktionsprogramme erreichen lassen, in Rationalisierungskartellen, die zu einer Typenbeschränkung und einem Aufeinanderabstimmen der spezialisierten Produktionsprogramme führen können. In manchen Fällen hat sich eine gemeinsame Verkaufsstelle für mehrere perso-

nenbezogene Mittelunternehmen als erfolgreich erwiesen. Gerade dadurch wurde ihre Selbständigkeit gefördert und ihre Position im Wettbewerb gefestigt. Hier kann starre dogmatische Wirtschaftspolitik großen Schaden stiften, z. B. durch verfehlte kartellgesetzliche Bestimmungen. Die Gefahr liegt u. a. darin, daß die Verwirklichung des Satzes „gleiches Recht für alle“ häufig dazu führt, daß gleiche Bestimmungen für völlig ungleiche Verhältnisse angewendet werden.

Konzentration ist für die moderne Volkswirtschaft wesentlich. Im

Großwirtschaftsraum der EWG werden sich die Tendenzen zum einseitigen Größerwerden der Unternehmen und zum Unternehmenszusammenschluß eher verstärken, da die Überlegenheit der großen Unternehmen (z. B. auf dem Gebiete der Massenfertigung, der Marktanalyse und der Beschaffung der finanziellen Mittel) zunimmt. Ein „Optimum“ an Konzentration läßt sich niemals absolut festlegen. Es ist u. a. abhängig von der Stärke der mittleren Unternehmungen, der Gegenmacht der Gemeinwirtschaft und der Wirtschaftspolitik. (H. B.)

## Berlin – Bonn – Brüssel

### Der Dritte Tätigkeitsbericht des Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung

Zwischen Berlin und Brüssel liegt Bonn. Von Bonn aus sind es auf der Eisenbahnkarte nach Brüssel (Gott sei es geklagt) weniger km als nach Berlin. Unserem Herzen liegt Berlin aber näher als Brüssel. Doch das sagt man nicht, obwohl es in Europa, dem Vaterland der Vaterländer, durchaus angebracht wäre. Von Berlin nach Brüssel ist es jedoch noch weiter als nach Bonn, und es ist kein Wunder, wenn man die Einflüsse der europäischen Integration auf die Wiedervereinigung bisher aus den Untersuchungen des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung ausklammert und sie für eine spätere Forschungsperiode vorbehalten hat. Aber wir sind alle nur Menschen, und unsere Kräfte sind begrenzt.

#### *Selbstbegrenzung der Aufgabe*

Begrenzt ist auch die Aufgabenstellung des Forschungsbeirates, der uns in Berlin seinen trotz aller Begrenzungen umfangreichen Dritten Tätigkeitsbericht für die Jahre 1957—1961 vorlegte. Ich hatte den Eindruck, daß in der etwas anspruchsvollen Pressebesprechung diese Selbstbegrenzung des Forschungsbeirates manchmal als Mangel empfunden wurde, wenn es auch nicht sehr laut ausgesprochen, aber doch hin und wieder angedeutet wurde. Die Presse in West-

deutschland hat natürlich im Gegensatz zur ostzonalen Presse durchaus die Freiheit, ihre eigene Meinung zu äußern. Sie bedient sich aber dieses Rechtes meist nur in diskret „angemessenen“ Formen. Es war natürlich im Rahmen der Selbstbegrenzung des Forschungsbeirates auch nicht ganz einfach, das zu sagen, was jeder auf dem Herzen hatte.

Diese Selbstbegrenzung hat zwei Marksteine: erstens, daß alle Fragen und Überlegungen über die Wege zur Wiedervereinigung, ihre Aussichten und Möglichkeiten Sache der politischen Gremien sei und nicht zur Aufgabe des Forschungsbeirates gehöre, und zweitens, daß alle Überlegungen zur Gestaltung nach der Wiedervereinigung Sache des neuen gesamtdeutschen Gesetzgebers sei. So beschränkt sich also die Arbeit und die Aufgabe des Forschungsbeirates auf Empfehlungen, die an einem noch nicht abzusehenden Tage X, nämlich dem Tage der Wiedervereinigung, von dem neuen gesamtdeutschen Gesetzgeber für seine Gesetzesvorlagen akzeptiert oder verworfen werden können. Eine etwas undankbare Aufgabe. Es ist nichts dagegen einzuwenden, daß diese Arbeit trotz aller Beschränkungen ungeheuer umfangreich ist und daß es doch durchaus einen tiefen Sinn hat, jederzeit über das Geschehen und

die Wandlungen in der Sowjetzone unterrichtet zu sein. Aber zweifellos würden manche Empfehlungen wirklichkeitsnäher sein, wenn sie auf dem Hintergrund der politischen Überlegungen angestellt worden wären, wozu die Persönlichkeiten des Forschungsbeirates sicher in der Lage gewesen wären.

Diesem Mangel an politischer Fragestellung ist auch manches Mißverständnis in der Diskussion zuzuschreiben. So wurde von einem Kollegen in der Aussprache die sehr berechtigte Frage gestellt, ob die europäische Integration der Wiedervereinigung hinderlich sein könne. Die von einem Mitglied des Beirates gegebene Antwort, daß ja die Stärkung des deutschen Wirtschaftspotentials infolge der Integration die Wiedervereinigung nur erleichtern könne, ist zweifellos ein solches Mißverständnis, das in der Selbstbegrenzung liegt. Auf politischer Seite bringt die Integration zweifellos auch eine Erhöhung des Potentials, das in den Augen der östlichen Gegenspieler zweifellos eine abzulehnende Auswirkung darstellen dürfte. Der Fragesteller meinte natürlich die politische Seite, und darin wäre die Antwort sehr vielschichtig, wenn auch bei geschickter diplomatischer Behandlung von vornherein nicht durchaus negativ gewesen. Unter diesem Blickwinkel hat diese Selbstbegren-

zung besonders die Diskussion etwas verarmt und manche Frage verzerrt.

### **Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung**

Wenn man dieser Arbeit nun aber schon das politische Herzblut abgedrosselt hat, so hätte man ihr doch die Dynamik des Geistes bewahren sollen, und das war nicht immer überzeugend. Das typische Zeichen einer freien Wirtschaft ist es, daß sie im ewigen Wandel steht, daß Wirtschaftsdenken, Wirtschaftspolitik und damit auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Wirklichkeit einer stetigen (oder unstetigen) Dynamik unterworfen sind. Meines Erachtens hat der Forschungsbeirat bei seinen Untersuchungen zu sehr die gegenwärtige westdeutsche Wirklichkeit im Auge gehabt und sie als Modell benutzt, als daß er sich der Dynamik des wirtschaftlichen und politischen Wandels bewußt geworden wäre, die nun einmal das Zeichen der Freiheit ist. Unser Modell der kleinstaatlichen Politik und der kleinstaatlichen Wirtschaft wird bald der Vergangenheit angehören. So bahnen sich im Rahmen der europäischen Integration Tendenzen an, die sich sehr bald auf die politische Dogmatik und auch auf die wirtschaftspolitische Linie auswirken werden. Es wäre für die Arbeiten des Forschungsbeirates sicher noch fruchtbarer gewesen, wenn mehr die Tendenz als die Wirklichkeit Maßstab der Empfehlungen gewesen wäre. Allerdings wäre es, das ist einzusehen, hierbei schwieriger gewesen, die Einmütigkeit aller Beschlüsse, die etwas zu oft betont wurde, zu erreichen.

### **Weltanschauung und Wirtschaftsordnung**

Im Hinblick auf die westdeutsche Wirklichkeit war es für den Forschungsbeirat verhältnismäßig einfach, zwischen der in der Sowjetzone herrschenden Wirtschaftsordnung, der Befehlswirtschaft, und der in Westdeutschland herrschenden Marktwirtschaft, die durch Wettbewerb bestimmt wird, einen Gegensatz aufzustellen und die Empfehlungen nach diesem Gegen-

satz auszurichten, d. h. praktisch, die Beseitigung des zwangswirtschaftlichen Systems durch das ebenso umstrittene System eines umfassenden Wettbewerbs zu fordern. Aber so einfach liegen die Dinge nicht: freie Wirtschaft ist nicht schlechthin mit Marktwirtschaft und diese wiederum nicht mit Wettbewerbswirtschaft gleichzusetzen. Eine gewisse Marktwirtschaft billigte man ja sogar — nach Beseitigung der Produktionsengpässe — der sowjetzonalen Wirtschaft zu. Bei einem Herausarbeiten der Gegensätze kann man nicht im Formalen steckenbleiben, sondern man muß etwas tiefer gehen.

Es ist das Prinzip der freien Wirtschaft wie auch einer freien Gesellschaftsordnung, die Ordnung aus den unzähligen Entscheidungen der Individuen zu gewinnen und das obrigkeitliche Reglement, das die unabdingbare Freiheit an praktisch anwendbare Spielregeln bindet, darauf zu beschränken, daß es dafür sorgt, daß aus dem Widerspruch der Freiheiten nicht ein anarchisches System der Gewalt oder der Unterdrückung wird. Diese freie Gesellschaftsordnung hat auch dafür zu sorgen, daß wir uns nicht aus Furcht vor der Freiheit einem Automatismus verpflichten und ihn zum Dogma unseres gesellschaftlichen Geschehens machen. Demgegenüber wird das Geschehen unter der sowjetischen Wirtschaftsordnung von einer wirtschaftsfremden Zielsetzung diktiert und die Durchführung obrigkeitlichen Funktionen übertragen (ähnlich unserer Kriegswirtschaft). Der individuelle Wille scheidet dabei als Triebfeder aus. Deshalb gibt es zwischen diesen Systemen keinen Kompromiß, auch wenn sich die Instrumente in ihren Formen annähern sollten. Nicht die Instrumente unterscheiden die Wirtschaftsordnungen, sondern die Wirtschaftsgesinnung und die Weltanschauung, die diese Instrumente beseelt.

Es ist etwas gefährlich, wenn wir das Modell des Wettbewerbs allzusehr zum Vorbild für eine gesamtdeutsche Wirtschaftsgestaltung nehmen, denn die Wettbewerbswirtschaft ist ja nur eine Form der Marktwirtschaft. Und sie ist, das dürfen wir nicht vergessen, ein

Automatismus auf dem Gebiet der Wirtschaftsordnung. Es muß davor gewarnt werden, das gegenwärtige westdeutsche Modell als das beste aller Modelle zu überschätzen. Gerade die Wettbewerbswirtschaft ist ein schwacher Punkt unserer freien Wirtschaftsordnung, denn im letzten Grunde engt sie die individuelle Entscheidung durch die Gesetze eines seelenlosen und mathematischen Automatismus ein.

### **Tendenz als Beurteilungsmaßstab**

Gerade die Wiedervereinigung bietet, wenn sie stattfindet, eine seltene Gelegenheit, neue Formen und Ideen zum Tragen zu bringen, die in der Tendenz zwar bereits vorhanden sind, die sich aber im normalen Geschehen nur langfristig durchsetzen können. Im Zuge der europäischen Integration bahnen sich solche Tendenzen verstärkt an, und es wäre zweifellos zu begrüßen, wenn die Arbeiten des Forschungsbeirates etwas mehr unter diesem Aspekt stehen könnten. Denn der wichtigste Grundsatz, unter dem die Arbeit steht, ist ja gerade der der Transformation. Und diese Transformation betrifft die Ordnungen in beiden Gebietsteilen. Die Wiedervereinigung muß ein neues Gebilde mit neuen Formen und Regeln schaffen, allerdings auf der Grundlage einer freien Gesellschaftsordnung. Das erschwert und erleichtert die Probleme der Wiedervereinigung zu gleicher Zeit. Diesen Grundsatz soll man besonders auch bei den Empfehlungen für die Eigentumsordnung zur Geltung kommen lassen. Bisher wurde diese Frage positiv eigentlich nur bei der Diskussion über die Nutzungsverträge im Rahmen der gewerblichen Wirtschaft behandelt. Man könnte zweifellos zu ebenso positiven Ergebnissen auf dem Gebiet des Agrareigentums, des Genossenschaftswesens und schließlich der Kollektive kommen. Es wäre zu erwägen, ob man für eine Übergangszeit nicht überhaupt die Realstitution im Bereiche des Eigentums ausschalten sollte. Man würde dadurch die Gefahr vermeiden, vorzeitig Endgültiges zu schaffen, was sich später vielleicht als nicht haltbar oder unzweckmäßig herausstellen sollte.

Es wäre völlig falsch, wenn man aus diesen Anregungen, auch wenn sie sich bemühen, ins Grundsätzliche vorzustößen, eine Kritik an den bisherigen Arbeiten des Forschungsbeirates herauslesen wollte. Es ist eine ungeheure Arbeit geleistet worden, und zwar auf einem

sehr schwierigen Gebiet, zumal das ganze verfügbare Material eine besonders sorgfältige Prüfung und Angleichung an statistisches Material erfordert, das aus völlig anderen Erhebungsgrundsätzen gewonnen worden ist. Deshalb soll dem Forschungsbeirat an dieser

Stelle für seine Mühen herzlich gedankt werden. Mit dem Dank soll auch der Wunsch verbunden werden, daß die von ihm erarbeiteten Empfehlungen recht bald eine positive Verwertung in einem neuen Gesamtdeutschland finden können.

Lothar Berghändler

## Ein schwieriges Kapitel: Sprachstil der EWG

Wie der Stil, so ist der „Mensch“ — die Wahrheit dieses aus dem Französischen stammenden Sprichwortes ist wohl allgemein anerkannt. Nicht nur Privatpersonen, sondern auch die in Behörden und Organisationen Tätigen sollten sich die Bedeutung dieses Satzes stets vor Augen halten. Das trifft in besonderem Maße auf internationale Dienststellen zu, die bei der Anerkennung verschiedener Amtssprachen auf besondere Schwierigkeiten stoßen, einen klaren Stil zu entwickeln. Gerade in der letzten Zeit werden die Klagen über den von der EWG-Kommission verwandten Stil immer häufiger, so daß ein stillschweigendes Übergehen für alle Seiten schädlich wäre. Man sollte daher den „Brüsseler Stil“ einmal genauer untersuchen.

### „Glanz und Elend der Übersetzung“

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) kennt vier Amtssprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch. Die in den Dienststellen der EWG tätigen Beamten stammen aus Ländern, in denen diese vier Sprachen als Muttersprachen beheimatet sind. Fast immer werden also die jeweiligen

Verlautbarungen in der Muttersprache eines dieser Beamten verfaßt. Dann ist eine Übersetzung in die drei anderen Sprachen der Gemeinschaft notwendig. Und hier beginnt dann, was auch José Ortega y Gasset als „Glanz und Elend der Übersetzung“ bezeichnet. Wer sich mit Übersetzungen einer schwierigen Fachmaterie befaßt, weiß, daß eine genaue Übertragung vor allem eines Fachausdruckes in eine zweite Sprache eine Unmöglichkeit ist. Diese den Fachübersetzern gestellte Aufgabe bezeichnet man am besten mit einem französischen Satz, der auch nicht ganz übersetzbar ist, als „la mer à boire“, d. h. als eine Arbeit, die der Aufgabe gleichkommt, das Meer auszutrinken. Ortega hat dies in der bereits erwähnten Betrachtung unnachahmlich folgendermaßen geschildert: „Die Übersetzung ist der dauernde literarische flou (französischer Ausdruck für die Unschärfe bei photographischen Aufnahmen), und wie andererseits das, was wir Blöðheit zu nennen pflegen, nichts anderes ist als der flou des Denkens, so werden wir uns nicht darüber wundern, daß ein übersetzter Autor uns immer ein wenig blöd vorkommt.“ Eine zweite Schwierigkeit ergibt sich

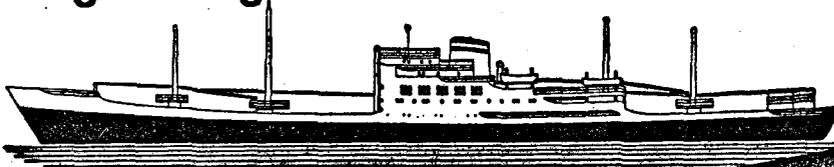
aus der alltäglichen Zusammenarbeit verschiedensprachiger Beamter.

### Die Spezial-Terminologie von Brüssel

In dem Bestreben, einen halbwegs sachgerechten Ausdruck für einen bestimmten Begriff zu finden, wird häufig ein Ausdruck einer bestimmten Sprache, die meistens die französische ist, auch in die anderen Sprachen übernommen. Es sind meistens Ausdrücke, die sich in den „Duden“ der einzelnen Sprachen nicht wiederfinden. Ein Beispiel: Das französische Wort „implication“, das etwa mit „bestimmendes Element“ übersetzt werden kann, wird ins Deutsche mit „Implikation“ übertragen. Das führt zu einer wirklich untragbaren Verbalhornung der deutschen Sprache. Es bildet sich also in Brüssel ganz natürlich eine Terminologie heraus, die nur demjenigen verständlich ist, der die Bedeutung dieser Ausdrücke auch in der Ursprungssprache kennt.

Eine letzte Schwierigkeit, die man nur wieder als Elend der Übersetzungsarbeit bezeichnen kann, ist die in Brüssel wie überall sich ergebende Notwendigkeit, daß Übersetzungen „möglichst schon vor-

Regelmäßige Liniendienste nach allen Teilen der Welt



HAMBURG-AMERIKA LINIE



HAMBURG 1  
BALLINDAMM 25